

REDEBEITRAG

Plenum vom 22.06.2015 - Dok. 54, 55 & 56-Assoziierungsabkommen der EU und EURATOM mit Georgien, der Republik Moldau & der Ukraine

-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Herr Präsident,
Mitglieder der Regierung und des Parlaments,
Werte Bürgerinnen und Bürger der DG,

Assoziierungsabkommen zwischen der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft und ihren Mitgliedstaaten einerseits und

- Georgien- Dok.54 (2014-2015) Nr.1
- der Republik Moldau- Dok.55 (2014-2015) Nr.1
- der Ukraine- Dok. 56 (2014-2015) Nr.1

Ein paar einleitende Worte zur Europäischen Atomgemeinschaft-EURATOM:

Die europäische Atomgemeinschaft wurde 1957 gegründet und ist neben der Europäischen Union eine eigenständige internationale Organisation, teilt sich jedoch mit der EU sämtliche Organe.

Im Laufe der Zeit gab es keine substantziellen inhaltlichen Veränderungen, der Vertrag ist also seit 58 Jahren gültig und kaum verändert worden.

Zwischen 2007 und 2011 standen EURATOM Mittel von insgesamt 3:92 Mrd. EUR zur Verfügung.

Für die Jahre 2012 und 2013 umfasste das Budget 2,5 Mrd. EUR:

- 2,2 Mrd. EUR davon für die Kernfusionsforschung (86 %), bei der der Schwerpunkt im Wesentlichen auf dem Bau des internationalen Fusionsreaktors ITER in Frankreich liegt.
- 118 Mio. EUR für die Forschungsprojekte im Bereich der Kernspaltung, einschließlich Strahlenschutz
- 233 Mio.EUR für die Nuklearforschungsarbeiten und die Arbeiten zur Gewährleistung der kerntechnischen Sicherheit der gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission (JRC)

Trotzdem kritisiert beispielsweise der Deutsche Naturschutz Ring, dass der EURATOM-Vertrag viele sicherheitspolitische Fragen offen lässt und keinerlei Bestimmungen zu Anlagensicherheit, Entsorgung und Endlagerung oder zu Bauweise und Betrieb von Anlagen; nicht einmal europäisch einheitliche Sicherheitsstandards existieren.

Soviel Geld in Nuklearforschung zu investieren, unterstützen wir nicht. Die EU sollte da Geld ihrer Bürger lieber in den Ausbau der regenerativen Energiequellen, dem Ausbau des Stromnetzes investieren.

Vivant ist für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie. Dies bedeutet nicht, alle Atomkraftwerke heute abzuschalten, aber sofort mit dem Ausbau regenerativer Energiequellen und übergangsweise die Stromerzeugung mit Gaskraftwerken, sicher zu stellen. Spätestens nach Fukushima wissen wir, welche Gefahren diese Energiequellen darstellen.

Diese brauchen wir auch nicht nach Georgien oder in die Ukraine zu exportieren. Wenn diese Organisationen mit an diesem Assoziierungsabkommen beteiligt sind, hat dies höchstwahrscheinlich etwas mit der europäischen Industrie zur Atomgewinnung zu tun.

Zum Assoziierungsabkommen möchte ich ein paar Altkanzler sowie Herrn Gentscher und weitere politischer Akteure zitieren:

Altkanzler Helmut Schmidt bezeichnete in einem Interview im Mai 2014 die Politik der EU-Kommission als unfähig und größtenwahnsinnig. Sie mische sich in die Weltpolitik ein und provoziere damit die Gefahr eines Krieges. Die Bürokraten in Brüssel hätten die Ukraine vor die "scheinbare Wahl" gestellt, sich zwischen West und Ost entscheiden zu müssen.

Günter Verheugen widersprach Schmidt: EU-Politiker, nicht Beamte hätten sich offen mit dem sogenannten Euro-Maidan solidarisiert und nicht gesehen oder sehen wollen, dass es sich weder um eine landesweite noch um eine homogene Bewegung handelte. Europäische Politiker hätten sich als "blind für die innenpolitischen Spannungen zwischen der Ost- und der Westukraine" erwiesen. "Weil europäische politische Eliten nur noch in Kategorien wie prorussisch und proeuropäisch denken konnten und den Konflikt statt den Dialog mit Russland bevorzugten, haben sie - und nicht die Brüsseler Bürokraten - die schwerste Krise in Europa in diesem Jahrhundert mit ausgelöst. Ein Gutteil der Verantwortung dafür liegt in Berlin."

Altkanzler Helmut Kohl äußerte am 12. März 2013 gegenüber Bild, die Aufbruchsstimmung in der Ukraine sei nicht immer klug begleitet worden. Ebenso habe es an Sensibilität im Umgang mit den russischen Nachbarn gemangelt, insbesondere mit Präsident Putin.

Altkanzler Gerhard Schröder kritisierte in der Zeit-Matinee am 9. März 2014, die EU hätte beim Assoziierungsabkommen angesichts der kulturellen Teilung der Ukraine kein Entweder-oder formulieren dürfen. Ein Sowohl-als-auch wäre vernünftiger gewesen. Schröder verwies auch auf die nachvollziehbaren Einkreisungsgänge der russischen Regierung angesichts der Entwicklungen der Vergangenheit.

Der ehemalige Außenminister Hans-Dietrich Genscher forderte, an der Idee einer gemeinsamen Freihandelszone mit Russland festzuhalten. "Es wäre schön, wenn daraus etwas geworden wäre. Dann wäre die Frage der Assoziierung der Ukraine mit der EU möglicherweise anders eingeschätzt worden."

Niels Annen, von 2011 bis 2013 Mitarbeiter im Referat Internationale Politikanalyse der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung, stellte am 16. Mai 2014 kritisch fest, die Assoziierung sei als "Alternative zur Mitgliedschaft" gedacht gewesen. "Das was die EU-Kommission in den letzten Jahren daraus gemacht

Fraktion im PDG V.o.G.

hat, war eine de facto Beitrittsverhandlung. Dass das auf Dauer nicht gut gehen konnte, wenn man die Ukraine vor eine unmögliche Wahl zwischen Ja zu Europa und Nein zu Russland stellt, das ist (...) hinreichend deutlich geworden.”¹

Zusammenfassend kann man sagen, dass die Bedingungen des EU-Assoziierungsabkommen mit der Ukraine aus politischer Sicht unverantwortlich sind!

Mit diesem Abkommen wurde der Ukraine eine Entweder-Oder-Entscheidung aufgezwungen. Denn ein „Ja“ für dieses Abkommen bedeutete gleichzeitig ein „Nein“ zu den Abkommen mit Russland.

Die Vertiefung der Handelsbeziehungen mit der Ukraine hätte als ein Schritt in Richtung der Vertiefung des Handels der EU mit Russland gesehen werden sollen.

Dieses Abkommen hätte eine Brückenfunktion zwischen EU und Russland wahrnehmen können, anstatt einen tiefen Graben zwischen der EU und Russland aufzureißen.

Vergessen wir nicht, dass ein Teil Russlands auch ein Teil Europas ist.

Wir sollten bedenken, dass die Interessen Russland an der Ukraine groß sind. Eine langfristige Stabilität und Frieden in Europa kann es nur mit Russland geben!!!

Wir werden deswegen gegen diese Abkommen stimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit,

Alain Mertes
Vivant-Fraktion

¹ https://de.wikipedia.org/wiki/Assoziierungsabkommen_zwischen_der_Europ%C3%A4ischen_Union_und_der_Ukraine